

Social Media für Kinder: Die Mehrheit will Schutz statt Verbote

Michael Fiedler

Wie Kinder und Jugendliche soziale Netzwerke nutzen sollten, wird derzeit intensiv diskutiert. Ein Bündnis aus zwölf Organisationen spricht sich nun gegen pauschale Social-Media-Verbote aus. Stattdessen fordern die Beteiligten mehr Medienkompetenz, wirksamere Aufsicht und sichere digitale Räume für junge Nutzer. Auch eine aktuelle Umfrage zeigt: Die Bevölkerung setzt eher auf Schutzmaßnahmen als auf Verbote.

Mehrheit setzt auf geschützte Nutzung

Begleitet wird die Erklärung von einer repräsentativen Befragung unter Erwachsenen in Deutschland. Demnach halten die Befragten eine Nutzung sozialer Medien mit entsprechenden Schutzmechanismen durchschnittlich ab einem Alter von 14 Jahren für angemessen. Gemeint sind beispielsweise Jugendschutzfilter, Einschränkungen bei problematischen Inhalten, Schutz vor Hass und Mobbing sowie Begrenzungen bei Werbung oder Kontaktfunktionen. Eine uneingeschränkte Nutzung sozialer Netzwerke sehen die Befragten im Durchschnitt erst ab 16 Jahren als angemessen an. Besonders deutlich fällt ein weiterer Befund aus: 87 Prozent wünschen sich mehr kindgerechte soziale Netzwerke, die speziell auf die Bedürfnisse junger Nutzer zugeschnitten sind.

Schutz statt Ausschluss

„Kinder und Jugendliche dürfen aus digitalen Räumen nicht pauschal ausgeschlossen werden. Social Media

ist Teil ihrer Lebenswirklichkeit, dort finden Austausch, Orientierung, Unterhaltung und Teilhabe statt. Aber Kinder brauchen dort besonderen Schutz, altersgerechte Angebote und Erwachsene, die sie begleiten“, sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. Nach Ansicht der Unterzeichner entsteht Medienkompetenz nicht durch Verbote, sondern durch begleitete Nutzung und schrittweise Erfahrungen im digitalen Raum. Die Erklärung fordert deshalb einen Ansatz, der Schutz, Befähigung und Teilhabe miteinander verbindet.

Mehr Verantwortung für Schulen, Eltern und Plattformen

Das Bündnis formuliert mehrere konkrete Forderungen. Dazu gehören eine stärkere Vermittlung digitaler Kompetenzen in Schulen, bessere Unterstützung von Eltern sowie der Ausbau altersgerechter digitaler Angebote. Zudem sollen bestehende Regelungen konsequenter durchgesetzt werden. Dabei verweisen die Organisationen insbesondere auf

den europäischen Digital Services Act (DSA), der für minderjährige Nutzer bereits besondere Schutzvorgaben vorsieht. Auch die zuständigen Aufsichtsbehörden sollen nach Auffassung der Unterzeichner personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Verbraucherschutz wird zur Digitalfrage

Die Debatte berührt längst nicht mehr nur Fragen des Jugendmedienschutzes. Soziale Netzwerke entwickeln sich zunehmend zu Plattformen für Werbung, Influencer-Marketing, Kaufentscheidungen und Finanzthemen. Damit gewinnen auch klassische Verbraucherschutzfragen an Bedeutung. Kinder und Jugendliche kommen dort mit kommerziellen Angeboten, In-App-Käufen, digitalen Zahlungsmethoden oder personalisierter Werbung in Kontakt. Gleichzeitig steigt die Gefahr von Betrugsversuchen oder manipulativen Geschäftsmodellen. Vor diesem Hintergrund wächst die Bedeutung digitaler Verbraucherbildung.

Politik steht unter Handlungsdruck

Die Diskussion trifft auf ein Umfeld, in dem viele Verbraucher Defizite beim Schutz junger Menschen sehen. Erst kürzlich zeigte der Verbraucherreport 2026 des Verbraucherzentrale Bundesverbands, dass [große Teile der Bevölkerung den Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum für unzureichend halten](#). Die Empfehlungen der Expertenkommission dürften deshalb aufmerksam verfolgt werden. Die zentrale Frage bleibt dabei dieselbe: Wie lässt sich ein wirksamer Schutz junger Menschen erreichen, ohne sie von wichtigen digitalen Lebensräumen auszuschließen?

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950428/Social-Media-fuer-Kinder-Die-Mehrheit-will-Schutz-statt-Verbote/>